

F+ EUROPÄISCHE SOUVERÄNITÄT

Warum wir jetzt eine deutsch-französische Initiative brauchen

GASTBEITRAG von P. Etienne, A. Freytag von Loringhoven, M. Mertes, J.-P. Tran Thiet

06.03.2025, 09:03 Lesezeit: 5 Min.



Noch hat Deutschland keine neue Regierung. Aber Union und SPD haben schon hohe neue Schulden für Rüstung angekündigt – ein erster Schritt, um Macrons Idee der „europäischen Souveränität“ endlich umzusetzen.

[Zur App](#)

Die Bundestagswahlen 2025 und die darauffolgende Phase der Regierungsbildung bieten eine neue Chance, die Idee der „europäischen Souveränität“, die Präsident Emmanuel Macron im September 2017 an der Sorbonne vorstellte, in politisches Handeln zu übersetzen. Dieser Vorschlag hat bislang leider keine substantielle deutsche Antwort erhalten. Die Äußerungen des voraussichtlichen neuen

Bundeskanzlers Friedrich Merz sind hingegen ermutigend. Das ist gut so, denn nun läuft Europa die Zeit davon.

Mehr denn je gilt, was Macron damals sagte: „Allein Europa kann tatsächliche Souveränität gewährleisten, das heißt die Fähigkeit, in der heutigen Welt zu bestehen, um unsere Werte und unsere Interessen zu verteidigen.“ Europa darf weder zu einem Teil der russischen Interessensphäre noch zu einer digitalen oder wirtschaftlichen Kolonie der USA oder Chinas werden.

Im Gegenteil, es muss sein internationales Gewicht nutzen, um seine Vision einer offenen Welt zu verteidigen, in der gemeinsame Probleme durch Zusammenarbeit gelöst werden. Die aggressive Politik Moskaus und in jüngster Zeit auch die Haltung Washingtons zwingen Europa dazu, ausgetretene Pfade zu verlassen und seine vitalen Interessen entschlossen zu verteidigen.

Europa angesichts der russischen und amerikanischen Maxime „Teile und herrsche“

Bisher war Putin der einzige Pate jener Kräfte, die die EU von innen heraus zerstören wollen. Mit Desinformationskampagnen sollen die europäischen Gesellschaften destabilisiert werden, um unsere Demokratien unregierbar zu machen. Seit Kurzem unterstützen einige Vertreter der neuen US-Regierung diese Kräfte und scheinen ebenfalls nach der Maxime „Teile und herrsche“ vorgehen zu wollen.



Philippe Etienne war von 2009 bis 2014 Ständiger Vertreter Frankreichs bei der Europäischen Union und von 2014 bis 2019 französischer Botschafter in Berlin. *AFP*

Diese völlig neue Situation macht es mehr denn je notwendig, die Souveränität Europas zu stärken. Die Bedrohung, die von Putins Russland ausgeht, und der Druck, den die neue US-Regierung in den Bereichen Sicherheit und Handel bereits auf Europa ausübt, zwingen uns zu sehr schnellem Handeln. Dieses Handeln setzt voraus, dass wir mutig neue Wege beschreiten.

Neue Wege schließen nicht aus, dass wir uns auf die bewährten Mechanismen der europäischen Integration stützen oder diese Mechanismen so bald wie möglich aktivieren. Allerdings darf Europa sich nicht zur Geisel von EU-Mitgliedstaaten machen lassen, die sich gegen notwendige Neuerungen vor allem deshalb sperren, weil sie russischen Positionen zu viel Verständnis entgegenbringen.



Arndt Freytag von Loringhoven war von 2000 bis 2022 deutscher Botschafter in Warschau und von 2007 bis 2010 Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes. *Picture Alliance*

Die Europäische Union muss im Bereich der Verteidigung für externe Länder wie Großbritannien oder die Ukraine offen sein und damit beginnen, Kiew entschlossen zu unterstützen. Deutschland und Frankreich sollten eine „Koalition der europäischen Willigen“ initiieren – namentlich zusammen mit Polen, aber auch mit anderen Ländern, die bereit sind, sich zu engagieren.

Verteidigung: Angesichts der russischen Bedrohung und der Ungewissheit im Blick auf die künftige amerikanische Solidarität bedeutet „europäische Souveränität“ in Sachen Verteidigung, dass die Europäer so schnell wie möglich eine gemeinsame strategische Vision entwickeln und ihre Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten verringern, insbesondere in den Bereichen Aufklärung, strategische Transportkapazitäten und Weltraum. Europa muss die Fähigkeiten seiner Streitkräfte erhöhen, indem es sie stärker integriert und seine Investitionen in die Verteidigung steigert; dazu gehören eine verstärkte industrielle Zusammenarbeit und die Einführung gemeinsamer Verfahren für die Rüstungsbeschaffung.



Michael Mertes war Ministerialdirektor für politische Analysen und Planung im Bundeskanzleramt unter Helmut Kohl. *Michael Mertes*

Gerade auch die nukleare Abschreckung muss ein integraler Bestandteil dieses Aktionsplans sein. Frankreich hat bereits vor einigen Jahren vorgeschlagen, mit seinen europäischen Partnern, allen voran Deutschland, einen Austausch über seine Konzeption von Abschreckung zu beginnen. Deutschland und Frankreich sollten rasch Gespräche über eine solche Europäisierung der nuklearen Abschreckung aufnehmen, wenn möglich unter Einbeziehung Großbritanniens.

Wirtschaft: Das schwache Wachstum der europäischen Wirtschaft ist ein Symptom für abnehmende Wettbewerbsfähigkeit. Der angekündigte Kurswechsel in der US-Zollpolitik könnte diese Schwäche noch vergrößern. Um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der europäischen Wirtschaft zu stärken, gibt es zwei Ansätze, die sich gegenseitig ergänzen können: mehr Dynamik „von unten“, indem Bürokratie abgebaut und lähmend wirkende Vorschriften gelockert werden, und mehr Interventionen „von oben“, das heißt mehr Förder-, Unterstützungs- und

Entwicklungsprogramme. Eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik unserer beiden Länder (einschließlich der Energiepolitik, die nicht wettbewerbsfähige Kosten verursacht) muss zum Ziel haben, zwischen beiden Ansätzen eine Balance zu finden, ohne die wesentlichen Errungenschaften des europäischen Binnenmarkts infrage zu stellen.



Jean-Paul Tran Thiet ist Senior Fellow des Institut Montaigne und war Anfang der Neunzigerjahre Berater der französischen Premierministerin Edith Cresson. *privat*

Technologie: Insbesondere im digitalen Bereich muss Europa sich dringend von den Vereinigten Staaten und China emanzipieren. Erstens muss es die Normen verteidigen, die unser Modell definieren (Schutz personenbezogener Daten und Regulierung marktbeherrschender digitaler Plattformen); zwischen Deutschland und Frankreich sollte die Anwendung dieser Normen besser koordiniert werden. Zweitens brauchen europäische Technologieunternehmen mehr Möglichkeiten, sich zu entwickeln und zu wachsen; sie brauchen ein auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes regulatorisches Umfeld und die Möglichkeit, den Binnenmarkt in vollem Umfang für sich zu nutzen. Nicht zuletzt aus Gründen der Sicherheit benötigt Europa autonome Kapazitäten bei der Cloud und satellitengestützten Kommunikationsnetzen. Es müssen massive Anstrengungen zur Förderung von KI und Quantencomputing unternommen werden.

Überholte Tabus

Der Weg zur europäischen Souveränität darf nicht durch Tabus blockiert werden, die angesichts der heutigen Realitäten obsolet sind. Zu diesen Tabus gehören die Idee einer europäischen Abschreckung, die Frage der Verschuldung öffentlicher Haushalte und die Bildung einer neuen Koalition europäischer Länder im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Aus deutscher Sicht ist die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse nach wie vor sinnvoll, um zu verhindern, dass die Defizite aus dem Ruder laufen und die Staatsverschuldung auf Kosten künftiger Generationen immer weiter steigt. Doch heute besteht eines der vorrangigen Interessen dieser Generationen darin, die lange vernachlässigte europäische Fähigkeit zur Selbstverteidigung zu stärken. Die neuen Prioritäten können Umschichtungen und Haushaltsflexibilität zugunsten wichtiger Zukunftsprojekte erfordern.

Die am Dienstagabend verkündeten Beschlüsse von Union und SPD zur Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben sind ein Schritt in die richtige Richtung. Nicht mehr ausgeschlossen werden darf aber auch eine höhere Verschuldung durch neue Finanzmechanismen sowohl außerhalb als auch zugunsten des EU-Haushalts, wie von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der

Leyen gerade skizziert.

Großbritannien muss von Anfang an eingeladen werden, sich einer europäischen Sicherheitsstrategie anzuschließen, in die es seine strategische Kultur, seine Berufsstreitkräfte, seine Geheimdienste und seine nuklearen Kapazitäten einbringt. Weitere vorrangige Partner sind jene Länder – Polen, Litauen, Lettland, Estland, Rumänien, aber auch Finnland, Schweden und Dänemark –, die ein großes Interesse daran haben, den russischen Imperialismus einzudämmen.

MEHR ZUM THEMA

F+ SIGNAL AN PUTIN UND TRUMP

Deutschland ist zurück aus dem Fronturlaub

F+ BESUCH IN PARIS

Macrons Weg ist jetzt der realistischere

F+ EUROPA UND DIE UKRAINE

Selenskyj soll in Vorleistung gehen

Eine solche „Koalition der Willigen“ im Bereich der Verteidigung könnte zu einem echten, dauerhaften und starken europäischen Bündnis führen. Auch die Ukraine sollte Teil davon sein. Wir sollten ihre Integration nicht nur als Ausdruck der Solidarität, sondern auch als Stärkung unserer eigenen Sicherheit betrachten; die ukrainischen Streitkräfte sind heute die zahlenmäßig größten und erfahrensten in Europa.

Ein solches europäisches Verteidigungsbündnis wäre auch dann noch sinnvoll, wenn die USA eines Tages ihren Kurs wieder ändern sollten. Da die Amerikaner sich inzwischen immer stärker auf den indopazifischen Raum konzentrieren, wäre es allerdings illusorisch zu glauben, dass Europa für sie wieder zu einer Hauptpriorität wird. Wenn es eine Botschaft von Präsident Trump gibt, die wir akzeptieren müssen und die im Übrigen mit derjenigen anderer US-Regierungen vor ihm übereinstimmt, dann ist es die Aufforderung an uns Europäer, unsere Verteidigung selbst zu gewährleisten.